

Rheingauer Bote.



Rüdesheimer Zeitung.

Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 140

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich Mk. 1.70 ohne und Mk. 2.00 mit illust. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Freitag, den 29. November

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Hierzu Sonntagsbeilage Nr. 47.

Ämtlicher Teil. Bürgerwehr.

1. Die Bürgerwehr hat den Anordnungen des Arbeiter- und Bauernrates und des Bürgermeisters Folge zu leisten. Außerdem auch in Fällen dringender Hilfe den Bürgern beizustehen.

2. Die Bürgerwehr setzt sich zusammen aus:
a) dem Gendarmeriepersonal
b) dem Polizeipersonal
c) dem neuangeworbenen Sicherheitsdienstpersonal
d) dem Feldschützpersonal
e) dem Nachtwachdienstpersonal.

Dieselbe untersteht unmittelbar dem Ausführungsausschuß und steht jederzeit zu dessen Verfügung. Ein Vorgesetztenverhältnis innerhalb der Bürgerwehr besteht nicht.

3. Die Bürgerwehr hat für Ruhe und Ordnung auf den Straßen, in den Wirtschaften auf den Bahnhöfen, an den Schiffsanlegestellen während des Verkehrsbetriebs, bei der Ausgabe von Lebensmitteln an den Lebensmittelstellen zu sorgen.

Außerdem muß die Bürgerwehr alle verprengten Militärpersonen festhalten, sammeln, ein, unter einheitlichem Kommando stehenden Trupp zusammenfügen und der nächsten durchmarschierenden Formation angliedern.

Den Anordnungen der Bürgerwehr ist unbedingt Folge zu leisten. Dieselbe ist erkennlich an den weißen Armbinden, mit dem Stempel des „Arbeiter- und Bauernrates“. Bewaffnet ist die Bürgerwehr mit Revolver. Von der Waffe ist nur im äußersten Notfalle Gebrauch zu machen.

4. Das Gendarmerie-, Polizei-, Feldschütz- und Nachtdienstpersonal verrichtet die Dienste nach dem bisherigen Dienstplan.

5. Vorstehende Anordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Rüdesheim, den 28. November 1918.

Die Polizeiverwaltung:
Alberti, Bürgermeister.

Der Arbeiter- und Bauernrat:
Glock, Ausführungsausschuß.

Reklamationen.

Der Gasverbrauch ist in den letzten Tagen sehr gestiegen, daß es trotz Höchstleistung der Ofenanlage mit der zur Zeit verfügbaren Kohle nicht mehr möglich ist, die unbeschränkte Abgabe wie bisher aufrecht zu erhalten.

Die unterzeichnete Verwaltung sieht sich deshalb gezwungen, vorübergehend Maßnahmen zu treffen, welche die ungehinderte Abgabe in den Haupttags- und Nachtzeiten sicherstellen.

Die Gasabgabe wird deshalb erstmals morgen Freitag, den 29. ds. Mts. und an den folgenden Tagen von nachmittags 1/2 2 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit gesperret, das heißt,



Unseren Kämpfern!

Wir grüßen euch, heimwärtskehrende Krieger, Wir ehren euch, wie die Pflicht gebietet! Und naht ihr nicht als freudige Sieger Und schallt nicht Jubelglockengeläut, Ihr habt doch ewigen Ruhm erworben Gleich denen die draußen für uns gestorben. Schmach, wer's nicht erschüttert im Herzen spürt, Daß Dank euch, unendlicher Dank gebührt!

Wenn uns im Streit nicht der Sieg gelungen, Nicht lag es an euch. Ihr habt voll Mut In tausend Schlachten redlich gerungen, Habt ausgehalten in Brand und Blut. Wir rufen den Himmel zum heiligen Zeugen: Der Uebermacht müßten das Haupt wir beugen. Doch stärkt uns dies in des Leides Schoß: Deutschland bleibt dennoch an Ehren groß!

Wie Sieger wollen wir euch empfangen, Die für uns gekämpft in Jahren der Qual. Ihr kommt mit schwerem Schritt gegangen, Doch aufrecht. — Willkommen allzumal! Vergangenes Grauen soll euch entschwinden, Aufatmend sollt ihr beglückt empfinden, Wenn Dank und Liebe euch überschneit, Daß ihr daheim, in der Heimat seid!



der Druck wird somit vermindert, daß eine Entnahme unmöglich ist. Zur Verhütung vor größeren Schäden und Unglücksfällen bleibt das ganze Zeitungsgesetz unter leichtem Druck. Es ist deshalb streng darauf zu achten, daß während dieser Zeit alle Hähne vollständig geschlossen gehalten werden.

Sollte sich an einer Verbrauchsstelle Gasgeruch bemerkbar machen, so schließe man vorsichtshalber den Hauptbahn der Zuleitung, öffne das Fenster und benachrichtige das Städt. Gaswerk (Fernsprecher Nr. 216.)

Die Maßnahme dürfte voraussichtlich nur für einige Tage notwendig werden. Es wird alles geschehen, daß nach Ansammlung eines genügend großen Vorrates die ungehinderte Abgabe schnellmöglichst wieder stattfinden kann. Dieses ist jedoch nur dann möglich, wenn die Bevölkerung den Verbrauch in Haushalt und Gewerbe freiwillig auf das unbedingt Notwendige beschränkt.

Rüdesheim, den 28. November 1918.

Die Verwaltung der städtischen Werke:
Kray.

Das Bezirkskommando Wiesbaden wird am 30. November abends geschlossen und aufgelöst.

Wiesbaden, den 27. November 1918.

Bezirkskommando Wiesbaden.

Die Regierung in Wiesbaden hat mit dem 1. 12. 12. in dem Gebäude Vertramstraße Nr. 3 ein

Kreis-Meldeamt

für die Kreise

Wiesbaden-Stadt
Wiesbaden-Land

Rheingau
Untertaunus

eingesetzt.

Das Kreis-Meldeamt ist zuständig für:

- Anmeldung entlassener Heeresangehöriger.
- Regelung etwaiger persönlicher Ansprüche derselben, sowie Zahlung rückständiger Gebühren, Entlassungsgelder. Eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt noch.
- Bearbeitung der Renten- und Versorgungsansprüche Kriegsbeschädigter.

Alle vom Militär entlassenen Personen haben sich umgehend bei dem Kreis-Meldeamt anzumelden.

Wiesbaden, den 27. November 1918.

Der Regierungspräsident.

Das Fleisch wird morgen Samstag, den 30. November wie folgt verkauft:

1. bei Fritz Rüder:

Bezirk	7 u. 8	von 8-9	Uhr vormittags
"	9	9-10	"
"	10 u. 11	10-11	"
"	12 u. 13	11-12	"
"	1	1-2	nachmittags
"	2 u. 3	2-3	"
"	4	3-4	"
"	5 u. 6	5-6	"

2. Sigm. Hirschberger:

Bezirk	19	von 8-9	Uhr vormittags
"	20 u. 21	9-10	"
"	22 u. 23	10-11	"
"	24	11-12	"
"	25 u. 26	1-2	nachmittags
"	27	2-3	"
"	28 u. 29	3-4	"
"	30 u. 31	5-6	"

Es entfallen 200 Gramm auf den Kopf Erwachsener, Kinder die Hälfte, von der Karte werden 10 Abschnitte abgetrennt.

Am Samstag, den 30. d. Mts. erhalten frische Würst:

1. bei Fr. Rüder:

Bezirk 1	von 6-7 Uhr abends
" 2 u. 5	von 7-8 Uhr abends

2. bei Sigm. Hirschberger:

Bezirk 3 u. 4	von 6-7 Uhr abends
" 6	von 7-8 Uhr abends

Es entfällt ein Anteil von 125 Gramm auf den Kopf der Erwachsenen, Kinder die Hälfte.

Die Fleischkarte muß auf der Rückseite abgestempelt werden. Urlauber erhalten keine Würst mehr.

Rüdesheim, den 29. November 1918.

Der Magistrat.

Die Sammlung von Gaben für die durchziehenden Truppen bei Frau Bertha Jung wird noch auf Samstag, den 30. November und Montag, den 2. Dezember ausgedehnt.

Bürger und Bürgerinnen von Rüdesheim, beherzigt unsern Aufruf vom 26. ds. Mts.! Ihr seit noch lange nicht alle dagewesen! Kommt alle und bringt, was Ihr entbehren könnt, sei es auch noch so gering! So geschieht es auch an andern Orten des Rheingaus, besonders in Gelsenheim.

Ihr wollt Euch liebevoller Opferwilligkeit gegenüber unseren tapferen Kriegern doch gewiß von keiner Gemeinde übertreffen lassen! Sorgt, daß Ihr alleweg stolz sein könnt auf Rüdesheim, Eure schöne, vielbegehrte Vaterstadt!

Rüdesheim, den 29. November 1918.

Der Magistrat.

Die Besatzungs- und Internierungsfrage.

Die Franzosen im besetzten Gebiet

Im Hinblick auf die feindliche Besetzung, die auch unsere Stadt zu gewärtigen hat, sind einige Bekanntmachungen des Marschalls Foch und des Kommandeurs der Besatzungstruppen von Saarbrücken, General Grégoire, bemerkenswert, die dort erlassen wurden. Die militärischen Behörden der Alliierten übernehmen die Befehlsgewalt im Lande. Sie verlangen von jedermann unbedingten Gehorsam. Die im Augenblick der Besetzung in Kraft befindlichen Gesetze und Verordnungen werden von uns bestätigt, so weit sie nicht unsere Rechte und Sicherheit gefährden. Unter der Leitung und Aufsicht der Militärbehörden wird die Verwaltung weitergeführt. Die Beamten haben die Pflicht und werden aufgefordert, gewissenhaft und ehrlich die Ämter auszuüben, die ihnen übertragen sind. Die Gerichte werden in der Rechtsprechung fortgeführt. Die Einwohner müssen sich jeder unmittelbaren feindseligen Handlung in Wort und Tat gegen die alliierten Behörden enthalten. Sie müssen den Requisitionen Folge leisten, welche ihnen dem Gesetz entsprechend auferlegt werden. In einer Bekanntmachung des Generals Grégoire heißt es: Für die Verwaltung der Stadt Saarbrücken sowie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist allein der Oberbürgermeister in Verbindung mit dem Polizeidirektor verantwortlich. Nur diese Behörden sind ermächtigt, in Verbindung mit der französischen Kommandantur Anordnungen zu treffen. Öffentliche Anschläge dürfen nur von ihnen veranlaßt werden. Sämtliche anderen öffentlichen Anschläge sind sofort zu befeitigen. In einer dritten Bekanntmachung heißt es: Die französische Kommandantur hat ihr Einverständnis damit erklärt, daß die Polizeistunde vorläufig auf 11 Uhr abends festgesetzt wird. Ich ersuche dringend, diese Festsetzung genau zu befolgen. Die Wirtschaften werden durch Polizeibeamte kontrolliert werden. Uebertretungen der Polizeistunde werden die Schließung der Wirtschaft zur Folge haben. Der Verkehr nach 11 Uhr abends auf den Straßen wird vorläufig nicht eingeschränkt werden. Sollten jedoch Ruhestörungen oder Zwischenfälle irgend welcher Art sich ereignen, werden einschränkende Bestimmungen erlassen werden. Im eigenen Interesse wird daher die Bevölkerung dringend ersucht, Ansammlungen auf der Straße zu vermeiden. — Die roten Plakate, die noch allenthalben an den Häusern kleben, sind auf Befehl der französischen Kommandantur sofort zu entfernen.

Der Verkehr mit Elsaß-Lothringen

Berlin, 27. Nov. (B. V.) In der gestrigen Sitzung der Waffenstillstandskommission teilte der französische Vorsitzende ein Telegramm folgenden Inhalts mit: Auf Befehl von Marschall Foch verkehren diezüge in Elsaß-Lothringen entsprechend dem Vorschreiten der französischen Truppen bis zu den Linien der Vorposten; diese dürfen weder in der einen noch in der anderen Richtung überschritten werden, ausgenommen sind Lebensmitteltransporte. Eine Regelung des Personenverkehrs folgt. Dringlich ist die Verbeschaffung der notwendigen Mittel für die Industrie in Elsaß-Lothringen; dies gilt besonders für Koks aus der Ruhrgegend für Diederhöfen, dessen Heranschaffung seit dem 19. Novbr. bereits zugelassen ist. Der Telegramm- und Telefonverkehr nach Lothringen ist bereits wieder zugelassen. Es darf damit gerechnet werden, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Erleichterungen im Verkehr mit Elsaß-Lothringen zu erwarten sind.

Die deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

*

Berlin, 27. Nov. (B. V.) Im linksrheinischen Gebiet laufen unzählige Gerüchte um über die Stärke und Art der künftigen Besatzungstruppen. Alle diese Nachrichten sind falsch, da der Oberbefehlshaber der Alliierten noch keine Entscheidung in dieser Frage getroffen haben. Sobald bestimmte Nachrichten vorliegen, werden sie veröffentlicht, ebenso auch über die Regelung des Personenverkehrs nach den besetzten Gebieten.

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission:
Erzberger.

Frankfurt, 27. Nov. Der Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat erhält auf Anfrage folgendes Telegramm der Reichsregierung:

Berlin, 26. Nov., 6.45 Uhr nachm.

Dort verbreitete Gerüchte, daß Franzosen Frankfurt besetzten, bedürfen jeder Begründung. Verhandlungen schweben, daß Frankfurt nebst Vororten restlos neutrale Zone einverleibt wird. Resultat dieser Verhandlung wird mitgeteilt, sowie hier eingeht.

Staatssekretär Erzberger.

Berlin, 26. Nov. Devisen 25. erhalten. Seitherige Bemühungen werden fortgesetzt, damit Frankfurt nebst Vororten nicht Brückenkopf Mainz einbezogen wird. In kurzer Frist wird in Mainz besondere Kommission erscheinen, welche ganze Frage über Brückenkopf regelt.

Staatssekretär Erzberger.

*

Das Nachrichtenbüro des Kölner A.-S.-R. teilt mit:

Durch die Zeitungen geht eine Notiz, wonach alle Wehrpflichtigen, die vor dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz nicht im linksrheinischen Gebiet hatten, das Gebiet bis zum 10. Dezember 1918 haben verlassen müssen, da sie sich sonst der Gefahr der Internierung aussetzen. Mit dieser Anordnung, die vom stellvertretenden Generalkommando des 8. Armee-korps ausgeht, steht in Widerspruch folgendes Telegramm Erzbergers an eine hiesige Post:

Personen, welche demobilisiert sind und im linksrheinischen Gebiet Anstellung oder Beschäftigung haben, können dort bleiben, ohne Gefahr, interniert zu werden. Die Alliierten wollen sich sichern gegen eine Ueberschwemmung von Personen.

Staatssekretär Erzberger.

Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht

Berlin, 28. Nov. Das Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung verordnet:

1. Die geistliche Ortschulaufsicht in Preußen ist von heute ab aufgehoben.
2. Die bisherigen Inhaber bleiben so lange im Amt, bis ihre Befugnisse durch die Kreisschulinspektionen übernommen sein werden.
3. Die Uebernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 1. Dezember 1918 abgeschlossen sein.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die Verzögerungstatistik der Entente

Berlin, 27. Nov. (B. V.) Wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, überreichte der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission dem Vorsitzenden der internationalen Waffenstillstandskommission folgende Note:

1. Gemäß Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages ist die internationale Waffenstillstandskommission eingesetzt worden, um die bestmögliche Ausführung des Waffenstillstandsabkommens zu sichern. Deutschland hat daher annehmen können, daß hier alle in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Punkte erörtert würden und hat von vornherein und wiederholt um die Entsendung aller in Frage kommenden Vertreter durch die Alliierten und die Vereinigten Staaten gebeten.

2. Am 18. November sind schriftliche Bitten um Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen zur See übergeben worden. Hierauf ist am gleichen Tage erwidert worden, daß diese Bitten an die zuständige Stelle weitergegeben seien. Am 20. November wurde mitgeteilt, daß Admiral Beatty sich Admiral Neurer gegenüber als nicht zuständig für die Fragen der Handelschiffahrt erklärte, und erneut um Entsendung entsprechender Vertreter gebeten. Es sind bisher weder Vertreter noch eine Antwort auf die schriftlich gestellten Fragen eingetroffen.

3. Die Erörterung der Fragen duldet keinen Aufschub, da das deutsche Volk noch schlimmeren Hunger leiden muß als bisher, wenn ihm durch die Verschärfung der Blockade, die der Waffenstillstand gebracht hat, die geringen Zufuhren, die es während des Krieges noch hatte, entzogen werden und die Seefischerei unterbunden wird. Zu der Gefahr des Verhungerns mit allen ihren Folgeerscheinungen, tritt jetzt schon die große Gefährdung der öffentlichen Ordnung in allen Hafenstädten durch die Arbeitslosigkeit der seefahrenden und Fischereibevölkerung.

4. Es widerspricht dem Wesen eines Vertrages, daß bestimmte Punkte desselben von der Verhandlung einseitig ausgeschlossen werden, während über alle anderen Punkte verhandelt wird. Besonders einseitig muß ein solches Verfahren bezüglich der Zufuhren und der Seefischerei erscheinen, da Deutschland weder willens noch in der Lage ist, den Krieg wieder aufzunehmen, somit also die Voraussetzungen für die harten Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr vorhanden sind.

Die Arbeiter- und Soldaten-Räte.

Berlin, 27. Nov. (B. V.) Die 10. Tagung der Groß-Berliner A.-u.-S.-Räte beschäftigte sich mit den wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Betriebe und mit Stellung der Unternehmer. Der Volksbeauftragte Emil Barth leitete die Beratung mit einem ausführlichen Bericht ein, worin er sich mit rückhaltloser Deutlichkeit über die wirtschaftliche Lage aussprach. Wenn es so weiter geht wie es in den letzten Wochen gegangen ist, sind wir mit unserem Vatein zu Ende. Auf dem Gebiete der Ernährung stehen wir vor ungeheurer schwieriger Aufgaben. Das Kriegsministerium trieb eine förmliche Bankrottspolitik. Noch schlimmer liegt es auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die Kohlenförderung ging in den letzten Wochen auf weniger als den vierten Teil des Friedensstandes herunter. Trotzdem wurde in Oberschlesien gestreikt. Obwohl selbst die hanebüchlichsten Forderungen bewilligt wurden, sind die Leute zum Teil nicht eingetroffen. Wenn wir aus Oberschlesien die schwarzen Diamanten nicht mehr bekommen, dann ist in 14 Tagen Gas und Elektrizität außer Betrieb. Wenn wir nicht feuern können, können wir überhaupt nichts produzieren. Ebenso schlimm ist es mit der Transportfrage. Wenn die Revolution nur eine große Lohnbewegung gewesen sein soll, dann ist die Sache zu Ende. (Vehemente Zustimmung.) Wenn wir in den nächsten Monaten nicht die erforderlichen Nahrungs-

mittel bekommen, wird Deutschland bis zur nächsten Ernte durch Hungerphosphus verdrängt sein. Deutschland braucht Rohstoffe und kann sie nur erhalten durch sofortigen Abschluß eines Präliminarfriedens. Alle Arbeiter müssen sich jetzt der Notwendigkeit fügen. Schon ist die Gegenheit am Werk, um der Revolution den Garaus zu machen, darum müssen wir geschlossen und einträchtig handeln. Wir brauchen auch noch Munition, wir sind nicht teige genug, um ruhig zuzusehen, wie ein General mit einer Prätorianergarde die Revolution nieder schlägt. (Vehementer Beifall.) Um Remedur zu schaffen, verlangten wir im Kabinett sofort die Verlegung der Obersten Heeresleitung nach Berlin. Ferner müssen sofort alle Erlasse, die das Tragen von roten Abzeichen verbieten, rückgängig gemacht werden. Schließlich soll General Eberhardt sofort zur Disposition gestellt werden. Die Oberste Heeresleitung will über unsere Forderungen beraten. General Gröner erklärte aber bereits, daß er sich selbstverständlich dem Kabinett fügen werde. Die vierstündige Arbeitszeit wird für die Uebergangszeit die Normalarbeitszeit sein. Nur wenn die Arbeiter rücksichtslos bis zum Ausbruch gegen jeden Feind zusammenstehen, können wir eine wahre, vollständig ausgebaute, deutsche sozialistische Republik erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Berlin, 28. Nov. Die englischen Blätter melden:

Das nach Deutschland vorrückende Besatzungsheer erhielt den Befehl, Vertreter der sogenannten Arbeiter- und Soldatenräte, die behördliche Funktionen ausüben wollen, für die Dauer der Besetzung festzunehmen. Eine weitere Weisung geht dahin, daß die früheren Behörden als die allein anerkannten Vertreter der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten anzusehen sind.

Angriff auf den Vollzugsrat der Soldatenräte

Berlin, 28. Nov. Heute nachmittag ist der Groß-Berliner Soldatenrat zu einer Vollversammlung im Reichstag zusammengetreten. Mit seiner Zusammensetzung und der Geschäftsführung herrscht volle Anzufriedenheit, die sich aus dem Flugblatt ergibt, das von Soldatenräten des 3. Armee-korps vor Beginn der Versammlung verteilt wurde und folgendes besagt:

„Wie entstand der Vollzugsrat der Soldatenräte? Führerlos geworden, waren wir Kameraden vor die Aufgabe gestellt — wir, die wir einander fremd gegenüberstanden —, aus unserer Mitte binnen wenigen Stunden unsere Vertrauensleute zu wählen. Die wenigsten unter uns waren sich der Bedeutung dieser Wahl bewußt. So war der Vollzugsrat der Soldatenräte ein Zufallsprodukt. Was tat er? Er tagte hinter verschlossenen Türen. Händelte, statt zu handeln, hat uns und unsere hohen Ziele vor Volk und Regierung schmachvoll herabgewürdigt und sich selbst um das ihm freiwillig in reichstem Maße geschenkte Vertrauen gebracht. Was unterließ er? Uns Soldaten eine feste Organisation zu schaffen. Anschluß zu suchen an die Soldatenräte in Nord und Süd, in West und Ost, einen Besitz zu schaffen für in Trümmer gegangene einseitliche Gewalt, zu sorgen für die Sicherung der Ostgrenze und die Erhaltung der Werte, die der Zusammenbruch des alten Systems uns übrig ließ. Was hinderte er? Jede planmäßige praktische Arbeit, wie sie ein wenig organisatorisch befähigte Kameraden leisten konnten. Soll es so bleiben?“

Zwiftigkeiten in Köln

Köln, 27. Nov. Aus einer längeren Darstellung des Kölner Arbeiter- und Soldatenrates ergibt sich, daß in den letzten Tagen ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen diesem und der Obersten Heeresleitung sowie der Reichsleitung wegen eines Verbots stattgefunden hat, das auf die Entfernung der roten Abzeichen abzielt. Das Auftreten eines Teiles der Offiziere habe einen gegenrevolutionären Charakter, weshalb als Gegendemonstration sofort alle Autos des Arbeiter- und Soldatenrates mit Fahnen versehen wurden, deren Mitglieder sich einig waren, bewaffneten Widerstand zu leisten, wenn Offiziere sich an diesen Fahnen vergriffen sollten. Von der Heeres- und der Reichsleitung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß wenn in Köln unmittelbar die Gefahr blutiger Zusammenstöße bestehe, dadurch der Rückzug sehr erheblich gefährdet sei. Hierauf dröhete der Kölner Oberbürgermeister sowie ein Hauptmann vom Generalstab aus dem Gouvernements an die Oberste Heeresleitung, worauf Milderungen der Anordnungen erfolgten, die in dessen nicht genügen. Dem Arbeiter- und Soldatenrat erscheint ein scharferes Vorgehen gegen die revolutionisierenden Offiziere geboten. Vorsehern habe eine Offiziersversammlung stattgefunden, um Besprechungen darüber herbeizuführen, wie der Kölner Arbeiter- und Soldatenrat aufzuheben sei. Ein Offizier aus dem Kölner Gouvernement eiste in die Versammlung und verhinderte, daß großer Unfug enthand. Die Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrates lautet: „Wir haben recht deutlich die Grenzen nach links gezogen und werden vor Drohungen von rechts nicht zurückweichen, selbst wenn der Kommandosabel noch so läßt geschwungen wird.“

Das Nachrichtenbureau des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Der Sicherungskommission bei der Reichsregierung gab folgendes Telegramm auf:

Bitte folgendes sofort zur Kenntnis des Unterstaatssekretärs und der Reichsleitung zu bringen. Während sich der Durchmarsch durch Köln bis jetzt ruhig vollzogen hat, mehrten sich seit heute morgen die Provokationen. Offiziere von hiesigen Infanterie-Regiment Nr. 65 hielten

nächsten
utschland
n durch
Alle Ar-
t. Schon
tion den
ffen und
nition,
nsehen,
Revolu-
nedur zu
die Ver-
Ferner
von roten
Schließ-
tion ge-
ill über
erklärte
Kabinett
szeiten
beits-
los bis
nsehen,
Beisall.)
melben:
beet er
Arbeiter.
en aus-
nehmen.
früheren
ter der
anzusehen
nräte
ist der
einer
etreiben.
schäfts-
heit,
on Sol-
am der
des be-
oldaten-
eraden
inander
Mitte
ensleute
ren sich
war der
a als
er ver-
eln, hat
nd Re-
sch selbst
he ge-
ließ er-
chaffen.
n Nord-
schaffen
Gewalt
nize und
enbruch
inderk
wie sie
eraden
Darstel-
Sol-
Tage
diesen
Reichs-
en hat
n Ab-
les der
utiv-
monstra-
oldaten-
n Mit-
verstand
Fahnen
Reichs-
st, daß
stürmte
ug sehr
te der
ie ein
uverno-
Mil-
die in
d Sol-
gegen
Vor-
lung
herbei-
oldaten-
Kölner
nd ver-
Erst-
lautet
h links
n von
nn der
wird,
nd Sol-
amphet
gramm
Unter-
etnigen
bisher
e beu-
e von
en u

um Gebäude des Arbeiter- und Soldatenrates
stehende Ansprachen an das Publikum und ver-
stehen, gegen ein Mitglied des Arbeiter- und Sol-
datenrates tödlich zu werden. Das Infanterie-
regiment Nr. 28 ließ beim Passieren des Domes
die Kaiserhymne spielen. An die Mannschaften
wurden Fähnchen mit Bildern des Kaisers und
des Kronprinzenpaares verteilt. Die Erregung in
einem Teil der Arbeiterschaft drängt zu gewalt-
tätiger Lösung. Es wird vom Arbeiter- und
Soldatenrat versichert, daß ihm die gesamte im-
mobile Besatzung mit hinreichenden Maschinen-
gewehren und Munition zur Verfügung stehe.
Bisher in es dem maßgebenden Einfluß des Ar-
beiter- und Soldatenrates gelungen, Blutver-
gießen zu verhüten. Wenn nicht sofort durch An-
weisung der Obersten Heeresleitung an die durch-
marschierenden Truppen jeder Versuch zur Pro-
pagation nachdrücklich vermieiden wird, besteht die
Besfahr, daß gewalttätige Elemente einreisen und
durch ausbrechende Kämpfe den Durchmarsch be-
hindern und Tausende in Gefangenschaft geraten.
Erbitten Verhaftungsanweisungen.

Die Vorgänge in Vennep

8. 11. 27. Nov. Die „Köln. Ztg.“ gibt fol-
gende Darstellung über die Vorgänge in Vennep:
Die durch den wechselvollen Kampf um das Be-
zirkskommando hervorgerufene bedenkliche Span-
nung ist durch das Eingreifen des Bürger-
meisters und des Kommandeurs der durchziehenden
Truppen gelöst worden, nachdem erneut von
Reichsheim herandrückende, dem Arbeiter- und Sol-
datenrat ergebene Soldaten gekommen waren, die
die Absicht hatten, gefangen gefesselte Arbeiter und
Soldaten zu befreien. Ueber die erzielte Ver-
händigung gibt ein gestern abend vom Bür-
germeister zur Beruhigung der Bürgerchaft ver-
breitetes Flugblatt Aufschluß, in dem versichert
wird, daß die Fronttruppen nicht die Absicht ge-
habt hätten, die Arbeiter- und Soldatenräte zu be-
schlagen, sondern, da der Soldatenrat wie hier auf
ausgesprochene Weise zustande gekommen sei
und ungeschehene Handlungen, wie z. B. Zwang
des Landsturmbataillons Vennep unter die rote
Fahne, Versuch der Entwaffnung durchziehender
Truppen, Wegnahme von Heeresgut und an-
deres mehr, begangen worden seien, hätte der Sol-
datenrat aufgelöst werden müssen. Die bei dem
Wegengange in Sicherheitshof genommenen
Personen würden morgen früh wieder in Freiheit
gesetzt werden. Unter diesen befindet sich einer der
Hauptführer der Unabhängigen in Reichsheim Otto
Brach, Schriftleiter der Reichsheim „Arbeiter-
stimme“. Wie wir hören, hat sich der Arbeiter-
rat in Vennep freiwillig aufgelöst, so daß auch für ihn
eine Neuwahl erfolgen dürfte.

Eisner gegen das Auswärtige Amt

München, 27. Nov. Der bayerische Minister-
präsident und Minister des Innern Kurt Eisner
hat an die bayerische Gesandtschaft in Berlin zur
Übermittlung an das Auswärtige Amt fol-
gendes Telegramm gerichtet: Die neuerlichen Ver-
weise, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes
fortzusetzen und das deutsche Volk erneut um die
Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlaßt
das Ministerium des Innern des Volksstaates
Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen
Vertretern des Auswärtigen Amtes ab-
zulehnen.

Austritt des Justizministers Dr. Spahn

Berlin, 27. Nov. Justizminister Dr. Spahn
scheidet, wie wir erfahren, mit dem heutigen Tage
aus seinem Amt aus. Schon seit einigen Tagen
war in den Organen der unabhängigen Sozial-
demokraten eine heftige Sprache gegen die bür-
gerlichen Mitglieder der Regierung und insbesondere
gegen Dr. Spahn geführt worden, so daß mit der
Möglichkeit des baldigen Ausscheidens Dr. Spahns
gerechnet werden mußte. Wie wir hören, erhielt
der Justizminister am 15. November die Mittel-

lung, daß der Vollzugsrat beabsichtige, ihm zwei
Kontrollreue beizugeben. Dr. Spahn erklärte in
seinem Antwortschreiben seine Zustimmung,
knüpfte diese aber an die Bedingung, daß die Unab-
hängigkeit der Gerichte aufrecht erhalten und die
Verwaltungsangelegenheiten nach Maßgabe der
Gesetze erledigt würden. Er fügte hinzu, daß,
falls sein Standpunkt von den maßgebenden In-
stanzen nicht geteilt werde, man sein Schreiben als
Entlassungsgesuch ansehen möge. Eine amtliche
Antwort ist bisher darauf nicht erfolgt. Indes
hat Dr. Spahn Veranlassung, anzunehmen, daß
für ihn nur die Niederlegung seines Amtes in
Frage kommt. Sein Nachfolger wird voraussicht-
lich Rechtsanwalt Rosenberg werden.

München, 27. Nov. Der Münchener Arbeiter-
und Soldatenrat hat sich an den Soldatenrat in
Berlin mit dem dringenden Verlangen gewandt, er
möge alles tun, um Solz, Erzberger, David und
Scheidemann, die durch ihr Verhalten im Kriege kom-
promittiert seien, aus der Regierung zu entfernen.

Genf, 27. Nov. Der „Homme Libre“ veröffent-
licht eine Liste derjenigen führenden Persönlichkeiten
in Deutschland und Oesterreich, deren Auslieferung
von den Alliierten in der Friedenskonferenz verlangt
würde. Es befinden sich darunter: Lubendorf, Tir-
pit, General Falkenhayn, von Capelle, General Hoff-
mann, der Kaiser, der Kronprinz, Höpendorf und
ungefähr zwanzig weitere Namen, aber nicht Hinden-
burg und Kronprinz Rupprecht. Neutrale Staaten
wohin sich die genannten Persönlichkeiten bis dahin
geflüchtet haben sollten, würden zu ihrer Auslieferung
gezwungen werden.

Bermischte Nachrichten.

* Radesheim, 29. Nov. In der letzten Sitz-
ung des „Arbeiter- und Bauernrates“ wurde unter
anderem auch die Milchversorgungsfage eingehend
besprochen. Herr Rathschreiber Becker erstattete
ausführlichen Bericht über die seitliche Entwicklung
der Angelegenheit, und der A. u. B. nahm Ein-
sicht in die von ihm erbetenen bezüglichen Listen.
Es fiel auf, daß manche Familien und Personen
einen außergewöhnlich reichlichen Gebrauch von den
ärztlichen Attesten machen, insbesondere, daß Ein-
zelne fast während der ganzen kritischen Zeit auf
Grund vorgelegter ärztlicher Atteste dauernd Milch
beziehen, und daß infolge allgemeiner Milchknappheit,
die sich trotz aller anerkannter Bemühungen
der Händler geltend macht, oftmals bei Transport-
schwierigkeiten kleine Kinder von 1—3 Jahren keine
Milch bekommen können. Es bedarf wohl bloß dieses
kurzen Hinweis, um unsere edelnden Mitbürger
und Bürgerinnen zu veranlassen, in Zukunft nur in
den allerdringenden Fällen von ärztlichen Attesten
Gebrauch zu machen. Ausdrücklich wird darauf hin-
gewiesen, daß ein Rechtsanspruch auf Krankmilch
bei Mangel an Milch im Orte nicht besteht. Kurz sei hier
noch erwähnt, daß in den letzten Tagen verschiedene
Revisionen und Beschlagnahmungen dahier stattge-
funden haben.

* Radesheim, 29. Nov. (Wichtig für alle
männlichen Personen, die am 2. August 1914 das
45. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten.) Der
Feind soll Entlassungsbefreiungen, in denen nicht
ausdrücklich angegeben ist, daß der Inhaber aus
dem Heeresdienst entlassen ist, nicht anerkennen.
Befreiungen mit anderem Wortlaut werden beim
Bezirkskommando umgetauft. Es empfiehlt sich

auch für die am 2. August 1914 noch militärpflich-
tigen Personen, die zu keinerlei Heeresdienst einge-
zogen oder durch ihre Tätigkeit zurückgestellt waren,
sich eine derartige Befreiung zu verschaffen.
Zwecks schneller Abfertigung bittet das Bezirkskom-
mando, daß jeder in seinen Militärpaß, Landsturm-
schein pp. selbst mit Tinte in deutlicher Schrift ein-
trägt: „Aus dem Heeresdienst entlassen“,
sobald vom Bezirkskommando nur der Dienstkempel
darunter gesetzt werden braucht. Behörden, Firmen
und Landgemeinden werden gebeten, die Pässe ge-
sammelt zur Abstempelung dem Bezirkskommando
durch Boten vorzulegen. Der letzte Paßmerk ist
mitzubringen.

* Radesheim, 29. Nov. (Einst und jetzt.)
Als Frankreich nach helbenmütiger Abwehr 1871
den Einmarsch der deutschen Truppen in Paris ge-
statten mußte, waren in den ersten Tagen dort alle
Kassen geschlossen und die Straßen leer. Keine
Fahne, kein Zeichen irgend welcher Neugierde oder
sonstiger Würdelosigkeit. Auch wir dürfen uns beim
Einzug der Franzosen in das deutsche Gebiet zu nichts
hinreihen lassen, worüber wir später vor uns und
unsern Kindern erröten müßten. Den Feind reizen,
wäre Torheit. Aber wir sollten uns so verhalten,
daß der Feind Achtung vor uns hat.

* Radesheim, 29. Nov. Wegen Mangels an
Zivilkleidung werden die Mannschaften ersucht, die
Militäranzüge weiterzutragen. Der militärische
Stand fällt fort, wenn die militärischen Abzeichen
abgenommen und die Knöpfe durch Zivilknöpfe ersetzt
werden.

* Radesheim, 29. Nov. (Biehzählung am 4.
Dezember.) Gegenüber aufgetauchten Zweifeln, ob
die auf den 4. Dezember angelegte Biehzählung statt-
finden soll, wird mitgeteilt, daß eine Aenderung von
den maßgebenden Stellen nicht beabsichtigt ist. Die
Biehzählung findet statt.

Vom Rhein, 26. Nov. (Die Glocken zurück
an die Kirchen!) Vor einigen Tagen wurden die
beschlagnahmten Metalle teilweise freigegeben. Wir
erinnern die Regierung an das seinerzeit gegebene
Versprechen, daß den Gemeinden die beschlagnahmten
Glocken zurückgegeben werden, soweit sie noch vor-
handen sind. Sie sind noch zum großen Teil vor-
handen. Unter Umständen muß verpachtet werden, daß
mit den Glocken Handel getrieben und Geschäfte ge-
macht werden.

Mainz, 28. Nov. Das Gouvernementsgericht
paßt seinen sämtlichen Akten ein und wird
auf die Dauer der feindlichen Besetzung von hier
verschwinden, um nach Bad-Nauheim überzusiedeln.

Frankfurt a. M., 26. Nov. In der heutigen
Magistratsung wurde für Frankfurt als erste Stadt
Preußens zum 1. April 1919 die Einführung der
Einheitschule beschlossen.

— In Berlin wird wegen zunehmender Kohlen-
not für alle Gast und Schankwirtschaften die Poli-
zeistunde auf 9 Uhr festgelegt. Versammlungen wer-
den durch diese Bestimmungen nur insofern betroffen,
als nach 9 Uhr abends kein Ausschank mehr statt-
finden darf. Ferner wird der Ausschank von Wein
und Brantwein untersagt. Die Regelung der Spiel-
zeit für Theater und Kinos wird in Verbindung mit
dem beabsichtigten Zünfahr-Geschäftsschluß noch be-
sonders festgelegt werden. Sie sollen früher beginnen
und früher schließen.

Stürmische Wogen

Kriminal-Roman von Karl von Nieserstein.

16] (Nachdruck verboten.)

„Also doch!“ und Heide sprang auf und
ging mit großen Schritten im Zimmer auf und
ab, als wolle er seine Gedanken fassen. „Er-
zählen Sie nur weiter, lieber Reiskner, ich
höre alles.“

„Der Weg vom Klub nach dem Walterschen
Hause nimmt im gemächlichen Schritt sieben
und eine halbe Minute in Anspruch.“

„Das macht rund viertel auf vier. Oder
sagen wir drei Uhr zwölf.“

Vom Walterschen Hause bis nach der
Wohnung des Herrn von Ramingen sind es
höchstens zwölf bis fünfzehn Minuten.“

„Das wäre halb vier, nicht wahr?“

„Ja, und um halb vier war Herr von
Ramingen auch zu Hause.“

„Mensch, sind Sie verrückt!“ rief Heide
und blieb vor Reiskner mit hoch erhobenen
Armen stehen.

„Ich kann mich nur auf das berufen, was
mir der Portier selber gesagt hat. Herr von
Ramingen, der sonst das Tor selber aufzu-
schließen pflegt, hatte gerade gestern seinen
Hausstorchschlüssel vergessen.“

„Aha...“ sagte Heide, „der Alibiweis“,
und rief sich vergnügt die Hände. „Sehr ge-
schickt gemacht, sehr geschickt. Und dann...“

„Dann nichts.“

„Wie? Nichts? Sind Sie Ihrer Sache
ganz sicher? Hat der Portier nichts gehört?
Hat niemand wieder das Haus verlassen? Ist
Herr von Ramingen nicht später noch mal wieder
nach Hause gekommen? So sprechen Sie doch.
Neden Sie doch.“ — „Ich weiß von nichts.“

„Gut. Ich bin auch damit vollkommen
zufrieden, Herr Reiskner.“

Als Reiskner dann fort war, trat Heide
an das Fenster und legte seine Stirn an die
kühlenden Scheiben. Das tat er immer, wenn
er seine Gedanken sammeln wollte. Auch wenn
er in großer Erregung war. Und heute war
er das. Der Fall interessierte ihn ganz un-
gewöhnlich, weil er so gar nichts von ihm
erwartet hatte.

Eine halbe Stunde später trat Käthe
Fiebel ein. „Rum?“ fragte er.

„Nichts. Der Augenschein hat absolut gar
nichts ergeben. Von einem Einbrechen kann
keine Rede sein. Die Tat ist absolut von
jemand verübt worden, der im Hause ein- und
ausgehen konnte, wie er wollte.“

„War das bei Ramingen möglich?“ —

„Ja.“ Ein triumphierendes Lächeln überflog
das Gesicht des Detektivs.

„Weißt du das bestimmt?“

„Ja. Das Kammermädchen gestand mir,
daß Frau von Walter ihren Bruder trotz des
ausdrücklichen Verbotes ihres Mannes noch
immer weiter bei sich empfangen hat. Ramin-
gen kam öfter sehr spät abends in das Haus,

wo Frau von Walter in letzter Zeit natürlich
Gemächer innehatte, die von denen ihres
Mannes getrennt waren. Um ihm ein un-
gesehenes Kommen möglich zu machen, hatte er
den Schlüssel zur kleineren Gartenpforte und
den zur Verandatür, die direkt in Frau von
Walters Salon führt. Nebenbei lag dann das
Schlafzimmer. Im anderen Flügel das Herrn
von Walters und oben da-jenige des Kindes.“

„Sehr gut! Und was weiter?“ — „Nieder
nichts.“

„Weißt du vielleicht, ob in letzter Zeit
zwischen Frau von Walter und Herrn von
Ramingen eine Verstimmung Platz gegriffen
hatte?“ — „Nein, im Gegenteil. Am Vorabend
der Scheidung, also zwei Tage vor der Mordtat,
war Ramingen noch bei Frau Walter spät in
der Nacht. Und am Morgen darauf gab diese
der Bode gegenüber ihrer Freude Ausdruck,
endlich ihrem Bruder helfen zu können.“

„Dann begreife ich nichts mehr. Dann
widerpricht meiner Annahme alles. Und
doch läßt sich eine so wunderbare Kette daraus
konstruieren. Nur einige Glieder fehlen, und
einige passen nicht recht. Sein ganzes Inter-
esse lag konzentriert in dem Leben der Frau,
und doch würde ich meinen Kopf darauf ver-
wetten, daß er der Mörder ist und kein anderer.“

„Ramingen?“ — „Jawohl. Aber ich werde
noch darauf kommen, und dann soll er sich
wundern, wenn er den Preis auszahlen muß,
den er auf den Mörder gesetzt hat!“ (F. f.)

Bürger u. Bauern im deutschen Vaterland.

Auf dem Trümmerfeld der alten Ordnung in Staat und Wirtschaft, in Stadt und Land ruft Euch die Zentrumspartei auf zur Sammlung. Gleich den Tümen Eurer Städte und den Eichen Eurer Wälder, habt Ihr den Stürmen von vier schrecklichen Kriegsjahren Trotz geboten, Eure wehrfähigen Männer und Jünglinge standen und starben im Felde zum Schutze von Haus und Hof; ihren Platz in der Heimat haben Eure Frauen und Töchter, Eure Greise und Knaben ausgefüllt. Jeder hat seine Pflicht getan, wie es ihm sein Gewissen und die Not des Vaterlandes gebot. Der Ausgang des Krieges entspricht nicht den gebrachten Opfern: an den Pforten des Friedens stehen unerhörte schwere Bedingungen der Gegner und der innere Mangel. Beide drohen uns völlig zu vernichten, wenn nicht Bürger und Bauernschaft sich erneut zusammenschließen, um die Wunden, die der Krieg geschlagen, zu heilen und die neue Ordnung der staatlichen und wirtschaftlichen Zustände unseres Vaterlandes zu festigen. Bürger und Bauern! Auf Euch ruhen schwer die Lasten des Völkerrückens. Unzählige Existenzen des Mittelstandes sind zu Grunde gegangen; denen, die sich in den Frieden hineingerettet haben, droht eine dunkle Zukunft. Der Mittelstand konnte keine Kriegsgewinne und Kriegsverdienste errufen, aber er hatte die ganze Schwere einer oft gänzlich verfehlten Kriegsgesetzgebung zu tragen. In der Stadt sind die Werkstätten und Läden von Rohstoffen und Waren entleert. Handel und Handwerk liegen darnieder und werden schier erdrückt von Schuldenlast und den Kosten des Lebensunterhalts. Auch die Wiederaufrichtung der Landwirtschaft ist von großen Sorgen behaftet. Gemeinsam werden Bürger und Bauern zu tragen haben an den ungeheuren Kosten, die der Krieg uns hinterläßt. Sie müssen den Mittelstand vollends zum Erliegen bringen, wenn nicht eine gerechte Gesetzgebung einreißt, die den Schwachen schützt und jedem das ungetauelt läßt, was er zu seinem Lebensunterhalt und zur Sicherung der Zukunft seiner Kinder benötigt. Bürger und Bauern! Gibt Euch die Reichsregierung die Gewähr dafür? Zunächst hat sie alle Stände und Berufsstände aufgefordert, sich hinter sie zu stellen zur Erhaltung der Ordnung. Darin werden Ihr ihr folgen, solange sie selbst sich für die Abwendung des unheilvollen Elends eines Bürgerkrieges aller gegen alle einsetzt. Russische Zustände sollen bei uns nicht eintreffen, was uns auch sonst Schreckliches widerfahren ist. Die Stadt soll nicht der Feind sein des Landes und nicht das Bauerntum der Feind der Stadt. Darum helft Euch gegenseitig in der Aufrechterhaltung der Ordnung, soweit es Euch möglich ist. Ihr, die Ihr das Land bebaut, tut Euch zusammen zur Belieferung der notleidenden Städte, Ihr werdet

damit der Verzehrwurm des Hungers und dem Aufkommen des Bolschewismus den stärksten Damm entgegenstellen. Ihr werdet damit den jetzigen Machthabern auch jeden Vorwand nehmen, Euch durch Gegenmaßnahmen zu vergewaltigen, die auch Euch das zusammengebrochene System unerträglich gemacht haben. Ihr werdet unter den ersten, die den Gedanken erfaßt haben, daß Eingetrigkeit stark macht. Bildet Bauernräte, vereint Euch Ihr in den Städten tut Euch zusammen zu wehrfähiger Selbsthilfe. Mancherlei Organisationen hat sich der selbständige Mittelstand bereits früher in Friedenszeiten aufgebaut. Sie gilt es neu zu beleben und auszugestalten. Erhebt Eure Stimmen in den neuen Verwaltungen der Städte und Gemeinden und verleiht das Wort des Einzelnen durch Euren Zusammenschluß in Bürgerausschüssen und Bürgerräten! Die Schutzmauern der bürgerlichen Sicherheit und der christlichen Gesellschaft, sie können nicht unter der Last des Bolschewismus zusammenbrechen, wenn Ihr die Mittel richtig gebraucht, die Euch die neue Zeit an die Hand gibt, wenn Ihr Euch alle, Mann und Jüngling, Frau und Jungfrau, zusammenzieht zur Wahrung Eurer bürgerlichen Selbständigkeit! Euch allen aber ruft die Zentrumspartei, der Ihr die Treue bewahrt habt, wie sie selbst auch den Mittelstand in den Stürmen der Zukunft nicht im Stich lassen wird, zu: Trebet in Euren Organisationen, wo Ihr auch steht, dafür ein, daß der jetzige Zustand so schnell wie möglich durch eine Ordnung des Rechtes abgelöst wird. Wir wollen unsere Mäße nicht zurückwerfen in verfallene Zeiten, aber wir müssen fordern, daß die neue Ordnung der Dinge nicht aufgeschoben wird, ohne daß der Wille des ganzen Volkes durch freieste Abstimmung offenbar geworden ist. Bürger und Bauern! In einer Klassenherrschaft erblickt Ihr keine Gewähr für die Sicherung der Rechte des selbständigen Mittelstandes, für die Wahrung der christlichen Grundgesetze unseres Lebens. Deshalb fordert Ihr die unverzügliche Einberufung der Nationalversammlung. Die Nationalversammlung - sie muß kommen, denn ohne sie gibt es keinen Frieden nach außen, da auch unsere Feinde mit einem in Geisteslosigkeit aufgelösten Deutschland keinen Frieden schließen. Die Nationalversammlung - sie muß kommen, denn ohne sie ist auch kein Zustand denkbar, der die friedliche Entfaltung aller Kräfte des Volkes, ein neues Deutschland, sichert. Deshalb fordert die Einberufung der Nationalversammlung!

Die Zentrumspartei.

Essen, 25. Nov. Der Bergarbeiterführer Hue äußerte sich in einer Versammlung über die ängstlich bedrohliche Kohlennot, die das ganze deutsche Wirtschaftsleben zu zerschüttern drohe. Durch die Besetzung Ostpreußens und durch die

Komplikationen in der Ostsee sei die gesamte Erzeugung aus Ostpreußen und Schweden abgeschnitten. Die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet noch vorhandene Erzmengende sei so gering, daß man mit weniger als dem Sechstel des Bedarfs auskommen werde. Gasanstalten und industrielle Werke ständen vor der Stilllegung. Die Arbeitervertreter hätten mit den Vertretern der Reichsregierung verhandelt, um zu den großen Gefahren der Kohlennot Stellung zu nehmen. Jeden Tag liefen Telegramme über Telegramme ein mit der Bitte um schnelle Kohlenlieferung. Im letzten Sommer sei man noch in der Lage gewesen, täglich 310 000 bis 320 000 Tonnen zu fördern. Heute würden nicht mehr als 160 000 Tonnen täglich gefördert. Mindestens 20 000 ausländische Arbeiter und Gefangene seien aus dem Kohlenbergbau zurückgezogen worden. Wenn es nicht gelänge, in aller Kürze die Kohlenförderung auf mindestens täglich 200 000 Tonnen zu bringen, so würden alle Erzeugnisse der heimischen Umgestaltung hinfällig sein. Wenn die Kohlenversorgung versage, sei man verloren. Die Reaktion wisse das und laute nur darauf, um zum Gegenstoß auszuholen. Er richte deshalb die dringende Bitte um Unterstützung an alle Arbeiter- und Soldatenräte und fordere auf, jedes Eingreifen in die Bergwerksbetriebe zu unterlassen. Zwistigkeiten müssen geschlichtet oder für spätere Zeiten zurückgestellt werden.

Gottesdienst-Ordnung.

Katholische Pfarrkirche zu Rüdesheim.

1. Adventssonntag. Beginn des neuen Kirchenjahres und der geschlossenen Zeit des heil. Advents. Evangelium: Luc. 21, 25.-32. 6 Uhr Beichtstuhl. 7 Uhr Adventskomunion der hiesigen Pfarrkirche. 7 Uhr Frühmesse. 7 Uhr Schulmesse. 7 Uhr Hochamt mit Predigt. Nachmittags Christenlehre für die Jungfrauen und Adventsanden mit Gebet um den Frieden. Während der hl. Adventszeit sind die Korate Segensmessen um 6 1/2 Uhr, von welchen die erste und letzte stiftungsgemäß mit Umgang gehalten wird!
 - Die 2. heil. Messe an Wochentagen ist um 1/2, die Schulmessen 1/4 Uhr.
 - Dienstag 1/27 Uhr hl. Messe in der Schwesternkapelle.
 - Donnerstag 1/27 Uhr hl. Messe im St. Josephstift.
 - Donnerstagsabend 5 Uhr ab Beichtstuhl für die Ehrenwache und zur Vorbereitung auf das Rottgottesfest.
 - Freitag 6 1/4 Uhr Herz Jesu-Messe mit Sühnungsform. und Beichtgebet, abends 7 1/2 Ehrenwache.
- Verantwortlicher Redakteur: Karl Meier.

Grundstücks-Verkauf.

Montag, den 2. Dezember, vormittags 11 Uhr, in der Wirtschaft „Zum Münchhof“ läßt Herr Peter Barth von hier durch den Unterzeichneten folgende Grundstücke unter günstigen Bedingungen zum Verkauf ausbieten:

Gemarkung Rüdesheim:

Acker auf dem „Ebental“	41	Ruten	80	Schub
Weinbergswust jetzt Acker „Eingrüb“	39	"	96	"
Weinbergswust „Reitersgarten“	23	"	72	"
Holzung „Reitersgarten“	37	"	16	"
Acker auf dem „Ebental“	57	"	80	"
Acker „Hochmauer“	90	"	44	"
Acker auf dem „Kleeberg“	41	"	08	"
Acker auf dem „Kleeberg“	21	"	88	"

Gemarkung Eibingen:

Weinbergswust jetzt Acker auf dem „Rüd“ (Sandgrub)	15	"	68	"
" " " " " " " "	16	"	72	"
Acker auf dem „Ebental“	27	"	64	"
Weinbergswust jetzt Acker in der „Stumpfensteil“	22	"	60	"
Weinbergswust jetzt Acker auf der „Windel“	17	"	44	"
Weinbergswust jetzt Acker im „Regelberg“	18	"	24	"
Acker im „Rech“	18	"	04	"
Weinberg im „Stockerpfad“	18	"	20	"
Acker auf dem „Ebental“	20	"	72	"
Weinberg im „Dünchen“	19	"	60	"

Gemarkung Geisenheim:

Kleewust „Nickenberg“	13	"	56	"
-----------------------	----	---	----	---

Rüdesheim, den 29. November 1918.

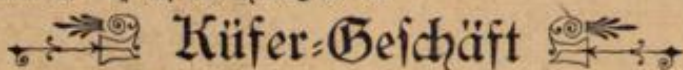
Rheinstraße 31.

J. Heinz, Auktionator.

Telefon 187.

Geschäfts-Empfehlung.

Der verehrl. Einwohnerschaft von Rüdesheim zur gefl. Kenntnis, daß ich mit Heutigem ein



Küfer-Geschäft

eröffnet habe und halte mich bei allen vorkommenden Holz- und Kellerarbeiten bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll

Wohnung: Eibingerstr. 1.

Richard Trunk.

Rüdesheim, den 28. November 1918.

Druckarbeiten aller Art

fertigt A. Meier

Halte von jetzt ab meine Sprechstunden wieder von 8-9 Uhr vorm. und 1-2 Uhr nachm.

(Sonntags nur von 8-9 vorm.)

Fernruf 176.

Dr. Kypke-Burchardi
Kreisl. Arzt.

Zahn-Atelier Rüdesheim a. Rh., Bleichstr. 2a.

Wochentags 10-12 und 2-5 Uhr.
mit Ausnahme des Samstag-Nachmittags.
Sonntags keine Sprechstunde.

Telefon 280.

Rasche, Dentist.

Empfehlung.

Damen- und Herren-Kleidung werden angefertigt und umgeändert von
Anton Frohmann,
Rüdesheim, Krummstraße 8.

Weinbergs-Wust

36 Auten, Kuhweg, Rüdesheimer Gemarkung zu verkaufen. Näheres bei der Geschäftsstelle ds. Bl.

Stempel, in jeder Aus-
Größe werden preiswert und
schnellstens geliefert von
A. Meier :: Rüdesheim.

Bier Kaninchen

zu verkaufen à 15 Mk.
Näheres in der Exped.
ds. Blattes.

Ein Monatsmädchen

gesucht. Von wem, sagt
die Exped. ds. Bl.

Unterricht in Violin Klavier

sowie sonstigen

Blasinstrumenten

erteilt aufs gründlichste,
ferner übernehme ich auch
Klavierstimmen und
Reparaturen sämtlicher
Holzinstrumente.

Jakob Rüdell
geb. Militär-Musiker
Rüdesheim a. Rh.
Klunertsbof 4.

Evangelische Kirche zu Rüdesheim.

Sonntag, den 1. Dez.

(1. Advent)

Vorm. 1/2 10 Uhr:

Hauptgottesdienst.

Vorm. 1/2 11 Uhr:

Kinder-gottesdienst.